Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Telegr.: Tageblatt Sorauniederlausitz

Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt" kostet bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— RM., bei der Post abgeholt monatlich 2,20 RM., durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 RPfg. mehr, im Wochenbezuge in unserer Geschäftsstelle 50 RPfg. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen: Die 8gespaltene Kolonelzeile im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 8 Reichspfennig. Im Reklameteil die 4gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe 25 Reichspfg. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufgegeben 10 v/o, aber nicht mehr als 50 Reichspfennig, für Anzeigen mit schwierigem Satz 25 v/o und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100 v/o Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telephonischer Aufgabe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach festem Tarif. Bei Zahlungsverzug und bei Konkursen erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 263 — Mittwoch, den 7. November 1928. — 118. Jahrgang

Die Regierung „soll nichts unversucht lassen."

Ein Beschluß der Verwaltungsleiterkonferenz in Essen. — Lohnverhandlungen auch im hannoverschen Bezirk.

Essen, 6. Nov. An der Verwaltungsleiterkonferenz nahmen, wie wir hören, sämtliche Oberbürgermeister und Landräte des Aussperrungsgebietes Nordwest sowie Vertreter der angrenzenden Bezirke teil. Ueber die Höhe der den Gemeinden erwachsenden Aufwendungen für die Unterstützung von Ausgesperrten im Falle ihrer Bedürftigkeit lassen sich jetzt noch nicht feste Zahlen angeben. Jedenfalls ist bei längerer Dauer des Wirtschaftskampfes damit zu rechnen, daß alle kommunalen Haushaltspläne umgestoßen werden. Mit Befriedigung nahm die Konferenz von der Erklärung der Arbeitgeberseite Kenntnis, die für alle an der Aussperrung beteiligten Betriebe abgegeben wurde, daß Werkswohnungen den Ausgesperrten in keinem Falle gekündigt werden sollen. Damit wird den Gemeinden eine große Sorge genommen. Im übrigen wurde, wie weiter berichtet wird, mit Entschiedenheit daran festgehalten, daß etwaige Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen oder der Kreistage über Zuwendungen an die Ausgesperrten, die über das gesetzliche Maß hinausgehen, unter allen Umständen beanstandet werden sollen.

Oberbürgermeister Bracht-Essen richtete im Auftrage aller beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände an den Reichskanzler, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsarbeitsminister in Berlin nachstehendes Telegramm:

„Die heute in Essen versammelten Verwaltungsleiter der Städte und Landkreise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet richten an die Reichsregierung die dringende Bitte, nichts unversucht zu lassen, um eine möglichst baldige Beilegung des gegenwärtigen Wirtschaftskampfes in der Eisenindustrie herbeizuführen. Für die durch die wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges und des Ruhrkampfes besonders schwer betroffenen westdeutschen Industriegemeinden ist eine Fortsetzung der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen angesichts ihrer ohnedies äußerst gespannten Finanzlage verhängnisvoll."

Die Klageschrift der Arbeitgeber.

Die Begründung des Arbeitgeberverbandes zu der beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereichten Nichtigkeitsklage liegt nunmehr vor. Der Arbeitgeberverband führt in seiner Klageschrift an, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches keinerlei Rechtswirkungen zwischen den Parteien hervorbringe, da der für verbindlich erklärte Schiedsspruch sowohl gegen zwingende Vorschriften des formellen, als auch des materiellen Rechtes verstoße. Da der Spruch vom Vorsitzenden allein gefällt worden sei, verstoße er gegen die Bestimmungen des § 5 der Schlichtungsordnung. Sollten die Bestimmungen jedoch so ausgelegt werden, daß der Vorsitzende den Schiedsspruch allein fällen kann, so sei die Ausführungsbestimmung zur Schlichtungsordnung ungesetzlich.

Weiter wird ausgeführt, der verbindlich erklärte Schiedsspruch greife materiell in die Bestimmungen des noch geltenden Rahmentarifvertrages vom 16. Mai 1927 ein. Eine weitere eingehende Begründung behält sich der Arbeitgeberverband vor.

Die Gewerkschaften haben gestern durch ihre Anwälte die Gegenklage beim Arbeitsgericht in Essen eingereicht. Sie sind vom Arbeitsgericht aufgefordert worden, sich zu der Klageschrift der Arbeitgeber bis zum 10. d. M. zu äußern.

Die Gewerkschaftsunterstützung der Ausgesperrten.

In einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde nach einer Blättermeldung aus Düsseldorf die Höhe der Unterstützungssätze für die Ausgesperrten bekanntgegeben. Es wurde mitgeteilt, daß der Verband bei diesen Sätzen in der Lage sei, den Kampf unter Umständen 20 Wochen durchzuhalten. Die Unterstützung der Ausgesperrten erfordere wöchentlich fast eine Million Mark. Von der Sozialdemokratischen Partei werde eine Unterstützungsaktion für das ganze Gebiet eingeleitet.

Die Lage.

Der Arbeitskampf in der Metallindustrie Nordwest greift jetzt auch in den hannoverschen Bezirk über. Die Lohnverhandlungen mit der Ilseder Hütte und dem Peiner Walzwerk sind ergebnislos verlaufen. Das Angebot der Arbeitgeber wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Verhandlungen vor dem Schlichter wurden nicht mehr abgewartet, sondern der Belegschaft beider Werke wurde sofort gekündigt. Von der Kündigung werden rund 6000 Arbeiter betroffen.

Wie die „Germania" von autoritativer Seite aus dem Aktionskomitee der Arbeitgeber erfährt, werden sich diese dem Spruche des Arbeitsgerichtes bezw. der höheren Instanz unterwerfen. Würde also die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs als rechtmäßig ergangen anerkannt, dann würde die Aussperrung aufgehoben. Wie das Blatt weiter hört, ist die Arbeitgeberschaft jederzeit grundsätzlich zu Verständigungsverhandlungen bereit. Ihr Hauptstreben geht dahin, zu einer langfristigen Sicherung und Fixierung der gesamten Arbeitsverhältnisse in der Eisenindustrie zu kommen, vor allem also auch der Arbeitszeitverhältnisse.

Folgen des Schiedsspruches.

Das Auslandskapital wird mißtrauisch.

In niederländischen Finanzkreisen weist man bei der Diskussion der Revision des Daweßplanes darauf hin, daß man sich in deutschen Wirtschaftskreisen darüber klar sein müsse, daß die Mobilisierung eines Teiles der Dawes-Obligationen der deutschen Industrie für längere Dauer die ausländischen Emissionsmärkte versperren müsse, da die etappenweise erfolgende Auflegung der Daweßbonds eine starke Belastung des Kapitalmarktes bewirken müsse. Die durch die soziale Krise, die die Ergebnisse des Nationalisierungsprozesses in Frage stelle, gestörte Entwicklung des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft veranlaßte die ausländischen Kapitalgeber seit einiger Zeit zu stärkerer Zurückhaltung gegenüber den kapitalbedürftigen deutschen Gesellschaften. Diese verringerte Bereitwilligkeit der Kapitalbeschaffung für die deutsche Industrie sei eine der am meisten kritisch zu bewertenden Auswirkungen der ständigen Arbeitskämpfe in der deutschen Wirtschaft. Diese Gesichtspunkte müsse man sich bei der Beurteilung des schweren Kampfes der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie vor Augen halten. Man fände im Auslande, wo man die Dinge mit großer Distanz und frei von Sentiments leidenschaftsloser als im Kampfgebiet und im übrigen Deutschland beurteilt, das Vorgehen der deutschen Unternehmer durchaus verständlich. Kennzeichnend für diese Auffassungen sei die Haltung der führenden niederländischen Presse, beispielsweise die Ausführungen des „Amsterdam'sche Courant", des „Allgemeen Handelsblad" und des „Telegraph", die darin übereinstimmen, daß die jetzige Lage der westdeutschen Industrie keine weitere Belastung des Selbstkostenkontos gestattet.

Stürmische Debatte im Landtag.

Berlin, 6. Nov. Im Preußischen Landtag kam es heute zunächst zu einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, weil bei Beratung einer kommunistischen Anfrage über den Zusammenbruch einer staatlichen Baugenossenschaft kein Regierungsvertreter anwesend war. Gegen die Regierungsparteien wurde die Herbeizitierung des Innenministers beschlossen, der dann eine kurze Erklärung abgab. Den Hauptinhalt der weiteren Beratungen bildete eine ausgedehnte Debatte über die verschiedenen Anfragen und Anträge zu den Arbeiteraussperrungen im Ruhrgebiet. Der Sozialdemokrat Müller-Duisburg bezeichnete die Haltung der Arbeitgeber als Rebellion gegen den Staat und seine Gesetze und verlangte schärfstes Eingreifen des Staates. Der Deutschnationale Dr. Deerberg erklärte, daß die Unternehmer nur einen rechtlich zulässigen Kampf um günstigere Bedingungen führten, wie ja auch den Arbeitern der Streik erlaubt sei. Nachdem noch der Abgeordnete Hebron (Ztr.) erklärt hatte, die Unternehmer hätten den Kampf bewußt heraufbeschworen, weil sie zeigen wollten, daß der Staat sich dem größeren Geldbeutel fügen müsse, kamen noch zwei kommunistische Redner zum Wort, ehe die weitere Beratung auf Mittwoch vertagt wurde.

Die französische Regierungskrise.

Poincarés Sturz. — Cailleaux als Anstifter.

Der Sturz des Kabinetts Poincaré, das seit dem kurzen Intermezzo Herriots, also seit dem 23. Juli 1926 am Ruder war, ist nun doch überraschend gekommen. Den Anlaß bilden die Artikel 70 und 71 des neuen französischen Budgets, die eine Rückwärtsrevidierung der weltlichen Gesetzgebung gegenüber der Kirche bedeuten. Sie waren von Poincaré vielleicht nicht ohne Absicht in das Budget hineingeschmuggelt worden. Aber es schien schon ein Kompromiß bereitzustehen, das den Radikalsozialen die Zustimmung ermöglichte und damit das Kabinett rettete. Von Sonnabend bis Montag hat nun in Angers der Parteitag der Radikal-Sozialisten beraten, er brachte schon am Sonntag in der Kommission einen Beschluß, der den Rücktritt der radikal-sozialen Minister notwendig machte. Es gelang dann aber in der Vollsitzung, diesen Beschluß so abzuwandeln, daß die Krise vermieden schien. Im Vertrauen darauf ist dann auch Herriot ruhig abgereist. Wahrscheinlich haben die Gegner das Kabinetts darauf nur gewartet. Jedenfalls kamen sie am Montag urplötzlich mit einem neuen Antrag, der ziemlich schmucklos den Satz enthielt, daß die Durchführung des Programms der Radikal-Sozialen mit der Aufrechterhaltung des Kabinetts der nationalen Einheit unvereinbar sei. In der Nacht vom Montag zum Dienstag ist in der Vollsitzung des Parteitages dieser Satz auf Eingreifen des Vorsitzenden zwar wieder unter den Tisch gefallen, und nur in der verwässerten Formel aufrecht erhalten, daß die Existenz des radikal-sozialen Programms nicht mit der nationalen Einheitsfront sichergestellt werden könne. Aber auch diese Abschwächung enthielt doch noch ein verkapptes Mißtrauensvotum, wenn nicht gegen die radikal-sozialen Minister, so doch gegen das Kabinett Poincaré. Herriot und seine Freunde haben daraus die Folgerung gezogen und ihre Demission eingereicht, sie haben das ganze Kabinett nach sich gezogen. Der Giftpfeil, den Cailleaux gegen seinen intimsten Feind, Poincaré, seit Wochen präpariert hatte, hat also direkt ins Zentrum getroffen. Denn hinter diesen ganzen Beschlüssen von Angers steht Cailleaux, wenn er auch persönlich klugerweise nicht in den Vordergrund getreten ist. Es fragt sich aber doch, ob er sich selbst dadurch den Weg ins Ministerium wieder frei gemacht hat. Erschüttert war das Kabinett Poincaré eigentlich schon seit den Wahlen, es war nur eine Frage der Zeit, wie lange es sich hielt. Aber Poincaré wird kaum freiwillig von der politischen Bühne verschwinden wollen, während im Hintergrunde schon seit Monaten die nächsten Anwärter, vor allem Briand, sich als Nachfolger empfehlen. ××

• • •

Die Rücktrittserklärung.

Das Demissionsschreiben, das Ministerpräsident Poincaré an den Präsidenten der Republik gerichtet hat, lautet:

„Ich habe von meinen Kollegen Sarraut, Herriot, Queuille und Perrier beiliegendes Demissionsschreiben erhalten.

In der Absicht, eine Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten, die ich für nützlich für das öffentliche Wohl glaubte, habe ich seit langem allen Kabinettsmitgliedern gesagt, daß, wenn eines von ihnen zurücktreten würde, ich mich gezwungen sehen würde, unsere Kollektivdemission zu geben. Ich habe die Ehre, Ihnen diese Kollektivdemission zu überreichen.

gez. Poincaré.

Wie es kam.

Paris, 6. Nov. Vor dem Ministerrat, der für heute vormittag angesetzt war, haben die vier radikalen Minister Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier sich ins Finanzministerium begeben und eine lange Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré gehabt. Sie haben ihm mitgeteilt, daß sie aufgrund der Beschlüsse des Kongresses der Radikalen von Angers sich gezwungen sähen, ihm ihre Demission zu übergeben. Nach dieser Unterredung hat Ministerpräsident Poincaré sich ins Elysée begeben, wo der Ministerrat stattfinden sollte. Der Präsident der Republik hat hierbei die Minister allein gelassen, damit diese unter sich in voller Freiheit über die Lage beraten, die durch die Demission der vier radikalen Minister geschaffen ist. Die Minister haben bei dieser Besprechung beschlossen, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts zu übermitteln.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin, 6. Nov. (Privatinformation.) In Berliner politischen Kreisen betrachtet man die Situation nach dem Rücktritt des Kabinetts Poincaré durchaus ruhig. Man rechnet damit, daß Poincaré auch das neue Kabinett bilden wird und damit auch das Finanz- und das auswärtige Ministerium wieder in der bisherigen Form besetzt werden. Die Fortführung der Reparationsverhandlungen würde damit gesichert sein, und es ist auch nicht anzunehmen, daß eine wesentliche Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Pariser Regierungskrise eintritt.

Französische Blätterstimmen.

Paris, 7. Nov. (Radiodienst des „S. T.") Die gesamte Morgenpresse mit Ausnahme der linksstehenden Blätter verurteilen das Vorgehen der Radikalen. Der „Matin" schreibt: Diese Krise ist vom Standpunkt des politischen Regies aus ernst. Sie ist es noch mehr vom Standpunkt des nationalen Interesses. Das „Echo de Paris" erklärt: Sache des Parlaments, das allein der Volkssouveränität Ausdruck gibt, ist es zu sagen, ob es diesen Gewaltstreik dulden und vor der Diktatur einer Minderheit kapitulieren will. Sache Poincarés ist es, zu zeigen, ob er noch der Staatsmann und Patriot ist, auf den Frankreich in den schlimmen Stunden seiner Geschichte hat rechnen können. Wenn er will, kann er die Parteien besiegen und die Regierung und das Land retten. — Das „Journal" sagt: Ein einziger Mann ist parlamentarisch qualifiziert, Poincarés Nachfolger zu werden und das ist Poincaré. — Der „Figaro" schreibt: Die Krise ist nicht ausschließlich ministeriell, sie ist politisch. Es handelt sich darum, zwischen zwei Richtungen zu wählen. — Nach dem „Peuple" ist die Hauptursache der Krise in der Frage der Orden und Kongregationen zu suchen. Poincaré sei durch sein Verhalten in dieser Frage der Gefangene der Radikalen geworden, er trage daher die Hauptschuld an seinem Sturz. Die Sozialisten seien weniger denn je bereit, an einer Regierung teilzunehmen und der letzte, mit dem sie zusammenarbeiten würden, sei jedenfalls Caillaux. Infolgedessen rechnet das Blatt mit einem Ministerium der Mittelparteien, das links, also bei den Radikalen, eine Stütze finden werde. Für diese Kombination nennt das Blatt Poincaré oder Tardieu.

Reichstagsbeginn schon am Montag.

Berlin, 6. Nov. Nach einem heute gefaßten Beschluß des Aeltestenrats wird der Reichstag schon am Montag nächster Woche zusammentreten. Als erster Gegenstand sind die Anträge zur Aussperrung in Westdeutschland und auf Abänderung des Schlichtungswesens auf die Tagesordnung gesetzt. In der zweiten Hälfte der Woche soll die außenpolitische Debatte über Genf, Reparationen und Rheinlandräumung mit den dazugehörigen Anträgen angesetzt werden. Nach Abschluß der außenpolitischen Debatte kommen die Anträge